

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. / Regionalgruppe Hamburg zur Hamburger Schulreform

Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. (DeGeDe) ist eine gemeinnützige, überparteiliche Vereinigung, die sich für Demokratie im Bildungswesen engagiert. Ihre Aufgabe sieht die DeGeDe darin, demokratische Handlungskompetenzen zu fördern und demokratische Organisationskulturen in schulischen und außerschulischen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zu entwickeln.

Die Regionalgruppe Hamburg der DeGeDe nimmt die aktuelle Krise der Schulreform, die durch die hohe Zahl von Unterschriften zum Bürgerbegehren „Wir wollen lernen!“ ausgelöst wurde, mit großer Sorge wahr: Wir unterstützen die Schulreform und fordern, die Einführung der Primarschule und des Zwei-Säulen-Modells nicht zu verzögern.

Die beschlossene Schulreform werten wir als einen bildungspolitischen Kompromiss. Das 2-Säulen-Modell (Stadtteilschule und Gymnasium) stellt einen ersten und wichtigen Schritt in Richtung einer „Schule für alle“ mit mehr „Chancen für alle“ dar. Wir sind zuversichtlich, dass der nun anstehende Volksentscheid die geplante Schulreform unterstützen wird. Die DeGeDe wird ihre Position zur Schulreform und ihre bildungspolitische Perspektive in den kommenden Monaten weiter öffentlich vertreten.

Die Probleme, die durch ein Nebeneinander von verschiedenen Primarschulformen entstanden wären, sind als weitaus größer einzuschätzen, als die zu bewältigenden Herausforderungen der Schulreform. Wenn die Rahmenkonzepte für die zukünftigen Schulformen Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium zu Ende gedacht werden, besteht für die Umsetzung genügend Raum und Zeit, um nachzusteuern zu können. Um die Chancen der Schulreform zu sichern, werden Auseinandersetzungen über Ressourcenfrage stattfinden müssen. Hier fordern wir, nicht zu Lasten der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu entscheiden.

Es gibt keine überzeugenden pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Argumente, die gegen das längere gemeinsame Lernen aller Kinder und Jugendlichen sprechen. In fast allen europäischen Ländern lernen Kinder sechs oder mehr Jahre zusammen, in der Hälfte der Länder lernen sie gemeinsam bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Das gegliederte Schulsystem der Bundesrepublik spielt international deshalb keine Rolle, weil es, wie zahlreiche Untersuchungen belegt haben, weder leistungsstark noch gerecht ist. Wie in kaum einem anderen Land ist der Bildungserfolg in Deutschland abhängig von der sozialen Herkunft. Bereits 2006 hat der Rat für Menschenrechte der Vereinten Nationen eindringlich darauf hingewiesen („Munoz-Bericht“), dass die frühe Selektion nach der vierten Klasse dazu führt, die individuellen Stärken von Schülerinnen und Schülern nicht angemessen beurteilen zu können.

Die frühe Selektion schadet Kindern aus sozial und wirtschaftlich schwachen Herkunftsmilieus, Kindern, die die deutsche Sprache intensiver lernen müssen und Kindern, deren Lernen und Entwicklung aufgrund physischer oder psychischer Voraussetzungen besonders gefördert werden kann. Zu viele Kinder und Jugendliche, die das Gymnasium ab der fünften Klasse besuchen, leiden unter ständigen Misserfolgen, die ihr Selbstwertgefühl beschädigen und einem Leistungsdruck (verstärkt durch Gy 8), der ihrem Lernen nicht entspricht. Nach der vierten Klasse kann es Pädagoginnen und Pädagogen – entwicklungspsychologisch – nicht möglich sein, über die potentiellen Lernentwicklungen endgültig zu entscheiden.

Die frühe Selektion provoziert, dass zu viele Kinder und Jugendliche Schulverlierer werden, sie vernachlässigt individuelle Lernbedürfnisse und Begabungen, sie fördert die soziale Spaltung der Gesellschaft und schadet der Demokratie.

Die Bürgerinitiative hat mit zwei Argumenten Stimmen gesammelt: Ablehnung der Primarschule und Aufrechterhaltung des „Elternwahlrechts“. Dies ist schon juristisch mit dem Verfahren Volksentscheid nicht zu vereinbaren. Entsprechend musste die Initiative das „Elternwahlrecht“ fallen lassen. Und: Ein „Elternwahlrecht“ nach der sechsten Klasse hat es ohnehin nie gegeben.

Wir betrachten es als notwendig, der Gestaltung des neuen Übergangs – über die Empfehlung der Primarschule hinaus – besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dies ist unumgänglich, damit das Gymnasium die alleinige Verantwortung für seine Schüler/innen behalten kann – ansonsten wird das Zwei-Säulen-Modell ad absurdum geführt. Im internationalen Vergleich müssen zu viele Jugendliche die Schule in Hamburg ohne qualifizierten Abschluss verlassen. Die durch zahlreiche Untersuchungen belegten, enorm belastenden Folgen von „Restschulen“ haben alle Beteiligten lange genug ertragen müssen.

Die DeGeDe / Regionalgruppe Hamburg begrüßt und unterstützt die wesentlichen Elemente der Schulreform, wie sie in den Rahmenkonzepten deutlich werden:

Das längere gemeinsame Lernen, den Ausbau individueller Lernberatung, die neuen Formen der Rückmeldung über Schülerleistungen, das 13jährige Abitur an allen Stadtteilschulen, den Verzicht auf Sitzenbleiben und Schulformwechsel, die Verbesserung der Übergänge in Beruf und Studium, den Respekt vor der Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen, die Unterstützung jedes einzelnen Kindes in dessen Gesamtentwicklung.

Die Gegner der Schulreform argumentieren beständig damit, dass die Bildungschancen leistungsstarker Schülerinnen und Schüler durch ein längeres gemeinsames Lernen beeinträchtigt würden. Dies ist ein Mythos. Erziehungswissenschaftliche Studien belegen eindeutig, dass Heterogenität allen Schülerinnen und Schülern zugute kommen kann. Die Kinder und Jugendlichen bereichern sich wechselseitig durch ihre unterschiedlichen Begabungen und Interessen. Unterschiedlichkeit zu akzeptieren und Vielfalt als Chance zu nutzen, betrachten wir als die wichtigsten und hoffnungsvollsten Kernpunkte der Schulreform. Die Hamburger Schulpolitik muss sich davon verabschieden, Selektion als Lernwegsprinzip zu verstehen. Dann kann Demokratie als Lebensform in Schulen entstehen und sich entwickeln.

Als Organisation, die deliberative Entscheidungsverfahren fördert und für außerparlamentarische Partizipationsmöglichkeiten eintritt, bedauern wir, wie die Bürgerinitiative „Wir wollen lernen!“ das Instrument Volksentscheid zu nutzen versucht, um Konkurrenzvorteile zu verteidigen. Die Kampagne arbeitet mit Scheinargumenten, sie profitiert davon, Ängste von Eltern zu schüren und schadet damit der demokratischen Kultur in der Hansestadt.

Hamburg, 10. Februar 2010

Christian Welniak
Claudia Wetterhahn

Sprecher/in der DeGeDe Regionalgruppe Hamburg

welniak@degede.de
wetterhahn@degede.de